

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

*Sitzungsdokument*

12. Dezember 2001

B5-0777/2001 }  
B5-0796/2001 }  
B5-0800/2001 }  
B5-0805/2001 }  
RC1

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß Artikel 50 Absatz 5 der Geschäftsordnung von

- Avril Doyle im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Proinsias De Rossa, Anna Karamanou und Anna Terrón i Cusí im Namen der PSE-Fraktion
- Patrick Cox und Baroness Sarah Ludford im Namen der ELDR-Fraktion
- Patricia McKenna, Nuala Ahern und Alima Boumediene-Thiery im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Giuseppe Di Lello Finuoli, Yasmine Boudjenah, Pernille Frahm, Efstratios Korakas, Herman Schmid, Joaquim Miranda und Mihail Papayannakis im Namen der GUE/NGL-Fraktion
- Liam Hyland und Jim Fitzsimons im Namen der UEN-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- GUE/NGL (B5-0777/2001),
- UEN (B5-0796/2001),
- PSE (B5-0800/2001),
- PPE-DE (B5-0805/2001),

zur Tragödie im Zusammenhang mit den Immigranten in Irland

RC\457524DE.doc

PE 313.222 }  
PE 313.241 }  
PE 313.245 }  
PE 313.250 } RC1

**DE**

**DE**

## **Entscheidung des Europäischen Parlaments zur Tragödie im Zusammenhang mit den Immigranten in Irland**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948,
  - unter Hinweis auf das Genfer Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 sowie dessen Änderung durch das Protokoll von New York vom 31. Januar 1967,
  - unter Hinweis auf die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950,
  - unter Hinweis auf Titel IV, Artikel 61 ff. des EG-Vertrags,
  - unter Hinweis auf Artikel 2 und 6 des Vertrags über die Europäische Union,
- A. entsetzt über den tragischen Tod von acht Menschen, darunter vier Kindern, die am 8. Dezember 2001 in Wexford in Irland in einem Frachtcontainer gefunden wurden, der vom belgischen Hafen Zeebrugge per Schiff nach Irland verfrachtet worden war,
- B. unter Hinweis darauf, dass ähnliche Vorfälle an den Grenzen der Union an der Tagesordnung sind, wobei zahllose Immigranten und Flüchtlinge bei dem Versuch, illegal in die Länder der Union zu gelangen, ihr Leben lassen, und dass die Menschenhändler damit eine weitere Greuelthat begangen haben, bei der Menschen zu Opfern organisierter Schieberbanden wurden, die erhebliche Summen für ihre Dienste verlangen,
- B. in der Erwägung, dass der internationale Menschenhandel zu einem rasch wachsenden, gut organisierten und äußerst profitablen Geschäft geworden ist,
- D. entsetzt über die Praxis des Menschenhandels, die sich die Verzweiflung der Menschen in Osteuropa, Afrika und Asien zu Nutze macht, um von illegalen Immigrationsnetzen zu profitieren, unter völliger Missachtung der Würde des menschlichen Lebens,
1. bringt seine Bestürzung über die Ereignisse in Irland zum Ausdruck; bekundet den Familien der Opfer sein Mitgefühl und trauert um alle Opfer dieser unerträglichen menschlichen Tragödie;
  2. verurteilt entschieden die kriminellen Akte allerer, die vom Menschenhandel profitieren;
  3. hält es für wesentlich, den Kampf gegen die häufig transnational agierenden Menschenhändlerringe sowie die Einzelpersonen, die illegale Arbeitskräfte ausbeuten, auszuweiten, insbesondere durch Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas und durch die Einführung abschreckender Strafen, wobei eine klare Unterscheidung zwischen den Opfern und den Tätern dieser Verbrechen getroffen werden muss;
  4. erkennt an, dass die Überlebenden ein schreckliches Trauma erlitten haben, und ersucht die

RC\457524DE.doc

PE 313.222}  
PE 313.241}  
PE 313.245}  
PE 313.250} RC1

irische Regierung, den Überlebenden der Tragödie von Wexford zu ermöglichen, in Irland zu bleiben, falls sie dies wünschen, und ihnen beim Aufbau eines neuen Lebens zu helfen;

5. fordert die Annahme und Umsetzung aller Rechtsinstrumente auf der Grundlage der Schlussfolgerungen von Tampere, einschließlich der Verabschiedung des Rahmenbeschlusses über den Menschenhandel, die Festlegung gemeinsamer EU-Politiken in Asyl- und Einwanderungsfragen und die Ausweitung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit;
6. fordert den Rat auf, eine Einwanderungs- und Asylpolitik unter Achtung der Menschenrechte zu fördern, die auf dem freien Personenverkehr im Einklang mit der Vierten Genfer Konvention beruht, sowie auf Verbesserungen des Asylrechts, des Schutzes der Flüchtlinge und der Bedingungen für die Aufnahme von Migranten hinzuarbeiten;
7. vertritt die Ansicht, dass die europäische Politik der Einwanderungskontrolle über die Durchführung von Grenzkontrollen hinausgehen und sich mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen befassen muss, die in den Entwicklungsländern Millionen von Menschen dazu bewegen, aus ihren Ländern zu fliehen;
8. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie der Regierung und dem Parlament Irlands zu übermitteln.